

„AfD ist eine knallharte Herausforderung“

Interview mit dem Kasseler Politologen Wolfgang Schroeder zur Politik in Hessen

Von Peter Schulte-Holtey

OFFENBACH ■ Verluste für die großen Parteien, Gewinne für AfD und Grüne: Die Ergebnisse einer Umfrage des Hessischen Rundfunks erstaunen den Politologen Wolfgang Schroeder. Der Kasseler Wissenschaftler im Interview mit unserer Zeitung:



Wolfgang Schroeder lehrt am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften an der Universität Kassel. ■ Foto: p

CDU und SPD wären die Verlierer, Grüne und AfD würden zulegen, wenn am Sonntag Landtagswahl in Hessen wäre. Überrascht Sie das – oder ist das Ihrer Meinung nach auch die Bestätigung eines bundesweiten Trends?

Erstaunlich ist, dass die CDU weniger von den starken Werten Volker Bouffiers, der positiven Wirtschaftslage in Hessen und der Stabilisierung der Union auf Bundesebene profitiert als erwartet. Das SPD-Ergebnis überrascht, weil sich die hessische SPD bislang vom schlechten Bundestrend der eigenen Partei abkoppeln konnte, was ihr gegenwärtig augenscheinlich trotz der beeindruckend guten Werte für Thorsten Schäfer-Gümbel immer weniger gelingt. Wirklich überraschend ist aber das Ergebnis der Grünen. Während sie im Bundestrend konstant gefallen sind, sind die hessischen Grünen in der Gunst der Wähler stetig besser angekommen. Dies scheint insbe-

sondere mit dem Erwartungsmanagement der Grünen und ihrem Frontmann Tarek Al-Wazir zusammenzuhängen. Die AfD läuft in Hessen nahezu synchron zum Bundestrend.

Auch in Hessen wird es wohl unübersichtlicher – in Zukunft sind mehr Parteien im Parlament vertreten, Koali-

tionen werden schwieriger. Müssen wir also vermehrt mit Regierungen rechnen, die nur noch auf der Grundlage des kleinsten gemeinsamen Nenners Politik machen?

Der hessische Parlamentarismus ist bekannt für seine Zersplitterung und einen vergleichsweise harten Parteienwettbewerb. Also nichts Neu-

es. Im Gegenteil: In der Vergangenheit hat dies zu Koalitionen geführt, die durchaus stabil waren, wie sich auch an der schwarz-grünen Regierung zeigt. Vor diesem Hintergrund sehe ich keine Gefahr, dass es zu einem Stillstand des Landes kommen könnte.

Wie bewerten Sie das Erstarren der AfD als Protestpartei? Sehen Sie es eher kritisch oder kann dieser Trend unter Umständen sogar gut für die Demokratie sein?

Die AfD ist auf zwei Feldern erfolgreich. Sie greift die Kritik an der Europa- und Flüchtlingspolitik auf, die in der Bevölkerung vorhanden ist, jedoch bisher von keiner Partei aufgegriffen wurde. Und sie greift die Kritik auf, die sich pauschal gegen das Establishment richtet. In diesen Fragen gibt es Repräsentationslücken, in welche die AfD geschickt hineinstößt. Einerseits ist die AfD also eine Antwort auf thematische Repräsentationslücken in den etablierten Parteien, was sich bei den letzten Wahlen in einer erhöhten Wahlbeteiligung niederschlägt. Andererseits ist ihre stimmungsgeladene, postfaktische Politik auch eine knallharte Herausforderung für Demokratie und soziale Gerechtigkeit. Denn die AfD hat selbst keine realistischen Lösungsvorschläge.

Am Ende könnte sie auch zu weiterer Politikverdrossenheit beitragen.

Offenbar sind viele AfD-Wähler auch sehr unzufrieden mit ihren Einkommensverhältnissen. Wird dieses Thema, also die sich öffnende „Schere zwischen Arm und Reich“, von den politischen Parteien vernachlässigt?

Die Parteien haben tatsächlich zu spät auf die sich seit längerem öffnende Ungleichheitsschere reagiert. Dennoch ist es nicht so, dass die vergangenen Regierungen nichts für Menschen mit niedrigem Einkommen getan hätten. Es wurden der Mindestlohn eingeführt, die Familienpolitik verändert und massive Investitionen eingesetzt, um die Ausgrenzung schwacher Gruppen zu verhindern. Das ist aber nicht genug; schließlich sind über 15 Prozent der Bürger weiterhin armutsgefährdet, arbeiten etwa 25 Prozent aller Beschäftigten im Niedriglohnssektor, und wir haben noch über 2,5 Millionen Arbeitslose. Das ist den Parteien durchaus bewusst; aber eine wirkliche Kehrtwende in diesem Feld ist nicht in Sicht. Das hängt aber bei weitem nicht alleine an den Parteien, sondern an unzureichenden Chancen im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt.